

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 55/2 (2024), 46-62

DOI: 10.60684/msg.v55i2.46

Annemone Christians-Bernsee

NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln

Das EL-DE-Haus in Köln. Städtische Erinnerungsarbeit am Ort des Gestapo-Terrors

MSG Moderne Stadtgeschichte

ISSN: 2941-6159 online

<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).

Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte sind gesondert abzuklären.

© Annemone Christians Bernsee 2024



Annemone Christians-Bernsee

Das EL-DE-Haus in Köln. Städtische Erinnerungsarbeit am Ort des Gestapo-Terrors

The article examines the development of local memory using the example of the EL-DE-Haus in Cologne. It outlines the historical significance of the site, where the local Gestapo was based from 1935 to 1945. The cell prison in the basement, which has been largely preserved in its original state, was then transformed into a publicly accessible memorial in the early 1980s. Furthermore, the city of Cologne established one of the first centers for research on the regional Nazism in the historic building – the NS-Documentation Center. This development was preceded by a long struggle between civil society actors and the municipal administration. The article highlights the dynamics of this process and situates both the initial and current research and the educational work of the NS-Documentation Center within the broader context of German memory politics.

1. Einleitung

„Sei begrüßt, meine Frau, aus der Ferne schreibt Dein Mann. Weit hinter der Mauer, bei der Gestapo, quält er sich, wenn er zum Fenster schaut. Aber die Freiheit und das liebe Töchterchen sind weit von ihm entfernt. Vergeblich beschmiert er die Wände, indem er Briefe an seine liebe Frau verfasst“.¹

Diese Zeilen schrieb ein unbekannter Gefangener in Kyrillisch auf eine Wand der Zelle 1 im Untersuchungsgefängnis der Kölner Gestapozentrale – Abschiedsworte, die die Adressatin nie erreichten. Sie sind ein Auszug einer von über 1.800 bis heute sichtbaren Inschriften, die von der Gestapo inhaftierte Frauen und Männer im Keller des sogenannten EL-DE-Hauses hinterließen, während sie um ihr Leben fürchten mussten. Die Inschriften stellen eindrückliche Zeugnisse der NS-Verfolgung in Köln dar, sowohl in ihrem Entstehungskontext als auch in ihrer Überlieferungsgeschichte. Sie machen das Hausgefängnis im EL-DE-Haus zu einem bemerkenswerten Erinnerungs- und Gedenkort, zumal es sich um eine der am besten erhalten gebliebenen NS-Haftstätten in Deutschland handelt.

¹ Werner Jung (Hrsg.), Wände, die sprechen. Die Wandinschriften im Kölner Gestapo-Gefängnis im EL-DE Haus, Köln 2013, S. 43.

Nicht zuletzt wegen dieser Inschriften und des unmittelbaren, individuellen Empfindens des Gestapo-Terrors, das sie widerspiegeln, wurde das EL-DE-Haus ab den späten 1970er Jahren zum Kulminationspunkt für die – anfangs umstrittene – Auseinandersetzung der Kölner Stadtgesellschaft und städtischen Politik mit der lokalen NS-Geschichte. 1981 machte die Stadt Köln das Hausgefängnis als Gedenkstätte für die Öffentlichkeit zugänglich. Dem war ein langer Kampf von Einzelpersonen und einer zivilgesellschaftlichen Initiative vorangegangen, die über Jahre die Errichtung einer Gedenkstätte an diesem „authentischen Ort“ gefordert hatten.

Im Folgenden werden zunächst die Geschichte des EL-DE-Hauses sowie seine Funktion als Gestapo-Zentrale geschildert. Anschließend beleuchtet der Beitrag die umkämpfte Nutzung und Bedeutung des Gebäudes nach 1945: Die Stadt Köln nutzte es unmittelbar nach Kriegsende für die Unterbringung von städtischen Dienststellen, darunter das Standes- und Rechtsamt. In den 1970er Jahren regte sich gegen diesen unbefangenen Umgang mit der NS-Geschichte des Ortes in der Stadtgesellschaft Protest, der immer lauter wurde und den Weg für die Etablierung einer Erinnerungs- und Forschungsstelle ebnete. Die Entwicklung des Profils des in den 1980er Jahren entstandenen NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln (NS-DOK) wird im Weiteren dargestellt und kurz in den Kontext der deutschen NS-Erinnerungs- und Dokumentationsorte eingeordnet. Am Ende wird ein Blick auf den Wandel von NS-Gedenkstätten und Vermittlungsorten seit Anfang der 2020er Jahre am Beispiel des NS-DOK geworfen.



Abb. 1: Das EL-DE-Haus, Aufnahme zwischen 1935 und 1945. Foto: unbekannt, NS-DOK Bp 22119.

2. Das EL-DE-Haus als Sitz der Kölner Gestapo

Der Name EL-DE-Haus leitet sich von den Lauten der Initialen des Vor- und Nachnamens seines Bauherrn Leopold Dahmen ab. Der katholische Goldwaren- und Uhrengroßhändler wohnte mit seiner Familie am Appellhofplatz 21 (damals Langgasse 21) und hatte dort auch sein Geschäft.² Dahmens Lebenszentrum lag damit sehr zentral, etwa 500 Meter östlich des Kölner Doms. In direkter Nachbarschaft befand sich das Gerichtsgebäude Appellhofplatz, das seit den 1910er Jahren Verhandlungsort der Kölner Strafjustiz war – ab 1933 tagten hier auch die Kammern der nationalsozialistischen Sondergerichtsbarkeit. Zum Neubau des angrenzenden Hauses ließ Dahmen auf dem Eckgrundstück zur Eisenstraße zwei Wohnhäuser abreißen und in den Jahren 1934 bis 1935 ein größeres Wohn- und Geschäftsgebäude errichten.

Es gab offenbar mehrere Anlässe für dieses Bauprojekt: Zum einen warb das NS-Regime bereits kurz nach der Machtübernahme mit Steuererleichterungen und Steuerbefreiung für Neubauten, wenn sie zur Förderung des sogenannten Kleinwohnungsbaus beitrugen.³ Zudem bot sich die Möglichkeit zur Errichtung eines Luftschutzbunkers, was der NS-Staat ebenfalls propagierte und finanziell förderte.⁴ Schließlich fühlte sich Dahmen vermutlich angeregt, mit der Gestaltung des Baus seiner Identifikation mit der nationalsozialistischen „Bewegung“ Ausdruck zu verleihen. Ab Mai 1934 verpflichtete ein Erlass des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda zu „mehr angewandte[r] Kunst für öffentliche Bauwerke“ – es sollten Kunsthandwerker und Künstler einbezogen werden, die den öffentlichen Neubauten eine „nationalsozialistische Ästhetik“ verleihen sollten. Der Erlass formulierte die Intention, private Bauherrn ebenfalls zur Aktivität in diesem Sinne zu animieren.⁵

Ab 1934 entstand an der Ecke Langgasse (heute Appellhofplatz) und Eisenstraße ein viergeschossiger Eckbau. Das Gebäude wurde in einer neoklassizistischen Bauweise errichtet und mit einer Tuffsteinfassade sowie einer abgerun-

² Dahmens Wohn- und Geschäftsort verblieb in der Langgasse 21 bis das Gebäude 1942/43 stark beschädigt wurde. Auch in dem dort nach Kriegsende errichteten Bau, der optisch an den Gebäudekomplex Appellhofplatz 23-25 angeglichen wurde, führte Dahmen sein Geschäft weiter und nutzte es bis etwa Mitte der 1980er Jahre.

³ Vgl. zur Förderung des Kleinwohnungsbaus Karl Christian Führer, Anspruch und Realität. Das Scheitern der nationalsozialistischen Wohnungsbaupolitik 1933–1945, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45:2, 1997, S. 225–256, hier S. 239 f.

⁴ Zuschüsse zum Wohnungsbau waren abhängig vom Einbau von Luftschutzanlagen. Vgl. dazu u. a. Tilmann Harlander, Zwischen Heimstätte und Wohnmaschine. Wohnungsbau und Wohnungspolitik in der Zeit des Nationalsozialismus, Basel u. a. 1995, S. 73–79.

⁵ Vgl. zum „Kunst am Bau“-Erlass u. a. Anke Blüm, „Entartete Baukunst“? Zum Umgang mit dem Neuen Bauen 1933–1945, Paderborn 2013, hier v. a. S. 35–40.

deten Hausecke versehen. Der Baustil wurde von der nationalsozialistischen Zeitung Westdeutscher Beobachter, der regionalen Ausgabe des Völkischen Beobachters, als „zeitgemäß“ gelobt: Architekt Hans Erberich habe sich auf die „gute Vergangenheit im Bauwesen“ besonnen und „die durchaus unbefriedigenden Bauergebnisse letzter Jahrzehnte unberücksichtigt“ gelassen. Der Bau sei gestaltet worden, „wie es jetzt unser Kunstempfinden verlangt“,⁶ so die Parteizeitung. Die Eingangstür, die im Original erhalten geblieben ist, versah man mit den Initialen des Hausbesitzers und gab damit dem Haus seinen Namen. Auch das Wandrelief an der Hausecke, das bis heute gut erhalten ist, verweist auf den Bauherrn. Es sind darauf zwei Wappen zu erkennen, links das Stadtwappen und rechts ein Wappen mit dem Schriftzug „EL DE“ und darunter zwei Pendel einer Standuhr, in deren kreisförmigen unteren Teilen ein L und ein D für Leopold Dahmen eingehauen wurde. In den beiden Obergeschossen und im Dachgeschoss waren ursprünglich zwölf Dreizimmerwohnungen und im Erdgeschoss Geschäftsräume geplant. Das Haus verfügte über eine eigene Brunnenanlage, die bis heute existiert. Garagen waren ebenso vorgesehen wie ein Luftschutzraum für rund 60 Personen.

Im Sommer 1935 wurde das Haus nach einem Baustillstand noch im Rohbau von der Gestapo in Beschlag genommen. Bereits bestehende Mietverträge mussten aufgelöst werden – neuer Mieter war jetzt das Deutsche Reich. Für die Gestapo besaß das repräsentative Gebäude mitten im Herzen der Stadt eine ausgezeichnete Lage, denn es stand nicht nur in unmittelbarer Nähe des Gerichtsgebäudes, sondern auch nahe dem Polizeipräsidium sowie dem zentralen Gefängnis Kölns, dem Klingelpütz. Sie ließ das Gebäude für ihre Zwecke umbauen: In den bisher geplanten Wohnräumen wurden Büros eingerichtet. Im Garagenschoss, das ursprünglich für 15 Fahrzeuge konzipiert war, entstand das Hausgefängnis, bestehend aus zehn Zellen, einem Wach- und einem Sanitärbereich. Außerdem stand ein Pumpenraum für eine eigenständige Wasserversorgung zur Verfügung. Im Tiefgeschoss befanden sich ein Bunker sowie der Zugang zum zweigeschossigen Heizungsraum mit Fenstern zur Straße. Zu Beginn der näheren Beschäftigung mit dem Gebäude und seiner Rolle als NS-Verfolgungsort Ende der 1970er Jahre wurden Vermutungen angestellt, ein unterirdischer Gang habe die Gestapo-Zentrale mit dem gegenüberliegenden Justizgebäude verbunden. Dies ist jedoch nicht durch schriftliche Quellen oder physische Überreste belegt.

Am 1. Dezember 1935 nahm die Gestapostelle Köln ihren Betrieb auf und beendete ihn erst am 2. März 1945, also wenige Tage vor dem Einmarsch der amerikanischen Truppen in den linksrheinischen Teil der Stadt am 6. März. Bis zum Einzug ins EL-DE-Haus hatte die bei der NS-Machtübernahme mit etwa 30 Be-

⁶ Westdeutscher Beobachter, 27.04.1935, S. 12.

amten besetzte Staatspolizei ihren Sitz im Polizeipräsidium in der Krebsgasse – sie gewann im Laufe der 1930er Jahre aber deutlich an Personal hinzu: Durch Versetzungen aus anderen Polizeiabteilungen und Neueinstellungen wuchs die Zahl der Kölner Gestapobeamten bis Ende der 1930er Jahre auf über 100 an. Darüber hinaus waren etwa 20 bis 30 Personen für technische Dienste, als Pförtner, Fahrer, Schreibkräfte und Telefonistinnen, Dolmetscher, Hausmeister und Putzfrauen, sowie mindestens ebenso viele Mitarbeiter in Außendienststellen und -posten bei der Gestapo Köln beschäftigt.⁷

Wie Thomas Roth zeigen kann, agierte die in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre immer schlagkräftiger werdende Institution in zweifacher Rolle: Zum einen verfolgte sie Gegner des NS-Regimes als Polizei mit Razzien und Fahndungen, kriminalistischen Verfahren und erkennungsdienstlichen Mitteln. Zum anderen trat sie als Behörde auf, die großangelegte Verfolgungsaktionen organisierte. „Diese Tätigkeiten waren aber stets mit Gewalt als zentralem Element staatspolizeilicher Tätigkeit verknüpft: der Folterung von Gefangenen, der Demütigung und Bedrohung von Verhafteten und der willkürlichen Festsetzung und Verschleppung in die Konzentrationslager“.⁸ Die Struktur des Kölner Gestapohauptquartiers im EL-DE-Haus spiegelte beide Funktionen wider, so Roth: auf der einen Seite in seiner Nutzung als Bürogebäude, in dem die Verfolgungsaktionen und Deportationen von Verwaltungsbeamten geplant, organisiert und dokumentiert wurden. Auf der anderen Seite seien in den Verhörzimmern und insbesondere im Gefängnis im Keller ständig physische Gewalt und Misshandlungen verübt worden – der Terror also immer vor Ort präsent gewesen. In den zehn Gefängniszellen waren zwischen 1935 und 1945 vermutlich mehrere Tausend Menschen inhaftiert, meist für Tage, häufig für mehrere Wochen. Die Zellen waren spätestens Anfang der 1940er Jahre um ein Vielfaches überbelegt. Daraus resultierten katastrophale hygienische Bedingungen, denen die Gestapo offenbar nur unzulänglich begegnete.

Über die Verfolgten und die Umstände, unter denen sie im Keller des EL-DE-Hauses von der Gestapo eingesperrt, brutal verhört und häufig gefoltert wurden, geben in erster Linie die erhaltenen Inschriften in den Zellen Auskunft. Nach aufwendigen Restaurierungen seit den späten 1980er Jahren konnten nahezu 1.800 selbstständige Inschriften oder Zeichnungen freigelegt und analysiert werden, die aus dem Zeitraum von Ende 1943 bis zum 30. Juni 1945 stam-

⁷ Diese und die folgenden Erkenntnisse zu Struktur und Tätigkeiten der Kölner Gestapo beruhen auf den Forschungsergebnissen von Thomas Roth, der seit Ende 2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter des NS-Dokumentationszentrums Köln ist. Vgl. Thomas Roth, Die Geheime Staatspolizei Köln, in: Internetportal Rheinische Geschichte, <https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Themen/die-geheime-staatspolizei-koeln/DE-2086/lido/57d131c2670e55.79095568> [15.10.2024].

⁸ Ebd.

men. Aus der Zeit vorher sind keine Inschriften mehr auszumachen, da die Zellen nach offenbar nicht sehr massiven Bombenschäden renoviert und gestrichen wurden. Das Haus überstand den Bombenkrieg – ganz im Gegenteil zu den umliegenden Häusern – aber ansonsten weitgehend unbeschadet, weshalb die Haftstätte zu großen Teilen in ihrem Zustand bei Kriegsende erhalten geblieben ist. Die Inschriften und Zeichnungen wurden mit Bleistift, Kreide- und Kohlestücken geschrieben oder mit Eisennägeln, Schrauben oder Fingernägeln eingeritzt. Mehr als 600 Inschriften – über ein Drittel – sind in kyrillischer Schrift von Russinnen und Russen sowie Ukrainerinnen und Ukrainern verfasst, weitere 230 in anderen ausländischen Sprachen, vor allem auf Französisch, Polnisch und Niederländisch. Sie spiegeln damit die Endphase des Zweiten Weltkrieges wider, als sich eine große Anzahl von Zwangsarbeiter*innen sowie Kriegsgefangenen in Köln befand, Juden bereits deportiert waren und der politische Widerstand der ersten Jahre nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten längst gebrochen war.⁹

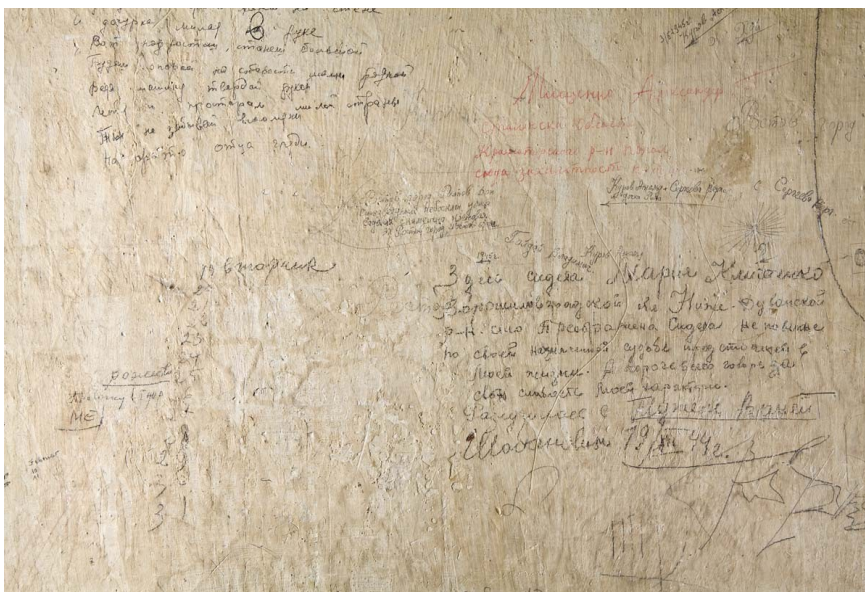


Abb. 2: EL-DE-Haus, Gedenkstätte Gestapogefängnis: Inschriften vor allem in russischer Sprache. Foto: Anja Wegner, Rheinisches Bildarchiv rba_d029192_12.

Die Analyse der Inschriften sowie der Zeitzeugeninterviews, die seit den 1980er Jahren geführt wurden, ergab, dass sowohl Männer als auch Frauen im EL-DE-

⁹ Vgl. zu den Inschriften ausführlich Jung (Hrsg.), Wände.

Haus inhaftiert wurden, offenbar ohne erkennbare räumliche Trennung. Aus den Oral History-Quellen geht zudem hervor, dass sich aus der zentralen Lage der Haft- und Folterstätte zahlreiche direkte Bezüge zu den Wohn- und Geschäftshäusern ringsum ergaben: Schmerzensschreie und Vernehmungslärm waren auf der Elisenstraße und der Langgasse hörbar, da die Zellen über Oberlichter zu beiden Straßen verfügten. Auch war der Innenhof des Gebäudes von den oberen Stockwerken der umliegenden Gebäude einsehbar – Nachbar*innen konnten somit An- und Abtransporte von Gefangenen beobachten.

In der Kriegsendphase radikalisierte sich das Vorgehen der Gestapo auch in Köln noch einmal drastisch. Massenverhaftungen und Schleppnetzfahndungen bestimmten die letzten Monate des Krieges. Sie wurden auch von Sonderkommandos durchgeführt, die untergetauchte Zwangsarbeiter*innen, Deserteure, Gelegenheitsstrafäter und vermeintliche Oppositionelle systematisch aufspürten und internierten.¹⁰ Die Gestapozentrale fungierte in den letzten Kriegswochen als Hinrichtungsstätte: Gefangene aus dem Hausgefängnis und dem Gefängnis Klingelpütz wurden in den Hinterhof des EL-DE-Hauses gebracht und dort an einem mobilen Galgen erhängt. An einigen Tagen wurden so Dutzende Menschen ermordet, bis Anfang März 1945 stieg die tägliche Opferzahl auf mehrere Hundert.¹¹ Bei der Befreiung durch die amerikanischen Truppen fanden diese im EL-DE-Haus nur noch wenige Gefangene vor – die meisten Kölner Gestapobeamten hatten die Stadt da schon längst verlassen. Funde von einigen zuletzt noch schnell verscharrten Leichen in der Nähe des EL-DE-Hauses sowie nahe dem Klingelpütz gaben eine Ahnung von den mitten in der Stadt verübten Verbrechen, von denen die Lokalpresse, die zunächst von den Amerikanern und dann von der britischen Besatzungsmacht übernommen wurde, auch ausführlich berichtete. Dennoch verblassten „die besonderen Bedingungen und Folgen staatspolizeilicher Praxis [...] bald in der lokalen Erinnerungskultur“.¹²

3. Der lange Weg zum NS-Dokumentationszentrum

Der Umgang mit dem Gebäude nach 1945 ist als unbekümmert zu bezeichnen. Zunächst ließ der Eigentümer Leopold Dahmen die an das EL-DE-Haus grenzenden zerstörten Gebäude abtragen und in den Jahren 1947 bis 1949 Anbauten errichten, die sich dem erhaltenen Gestapohaus vollständig anglichen: Der Tuff-

¹⁰ Vgl. Roth, Staatspolizei (vgl. Angabe in Fn. 7).

¹¹ Vgl. NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hrsg.), Köln im Nationalsozialismus. Ein Kurzführer durch das EL-DE-Haus, 2., überarb. u. erw. Ausg., Köln 2011, S. 38 f.; zum Kriegsende in Köln vgl. auch die umfassende Darstellung von Martin Rüther, Köln im Zweiten Weltkrieg. Alltag und Erfahrungen zwischen 1939 und 1945, Köln 2005.

¹² Roth, Staatspolizei (vgl. Angabe in Fn. 7).

stein stammte aus dem gleichen Steinbruch, Stockwerkaufteilung, Fenstermaße und Gesimse wurden angepasst. Erst durch die Anbauten nach 1945 erhielt das EL-DE-Haus seine wuchtigen Dimensionen, die dem Bild der alles beherrschenden Gestapo stärker entsprachen als das real von ihr genutzte Gebäude. Nach der Fertigstellung übernahm die Stadt Köln die Nutzung – sie ist bis in die Gegenwart Mieterin des Hauskomplexes – und richtete dort Diensträume für verschiedene Ämter ein: Das Besatzungsamt, die Preisbehörde, das Amt für Verteidigungslasten, das Standesamt, die Rentenstelle sowie das Rechts- und Versicherungsamt bezogen hier ihre Büros. Die historische Bedeutung des Ortes wurde „gewissermaßen ‚unkenntlich‘ gemacht, das frühere Hausgefängnis als Aktenkeller genutzt“.¹³ In den Büroräumen, von denen aus Verfolgungsaktionen und Deportationen geplant und vermeintliche Delinquenten verhört worden waren, fand nun beinahe nahtlos die Verwaltung der städtischen Bevölkerung unter den Vorzeichen der jungen Bundesrepublik statt. Dies führte mitunter zu traumatischen Wiederbegegnungen: Manche Kölner*innen, die sich vor 1945 einem Gestapo-Verhör hatten stellen oder gar Untersuchungshaft hatten erdulden müssen, traten nach 1945 erneut den Gang ins EL-DE-Haus an, um dort beim Standesamt oder einer anderen Behörde vorstellig zu werden. Offenbar beklagten sich Anfang der sechziger Jahre ehemalige Gestapo-Häftlinge darüber, dass sie in der vormaligen Gestapo-Zentrale ihre Rentenangelegenheiten erledigen müssten, doch die Beschwerden verhallten.¹⁴

Etwa gleichzeitig wurde eine erste Stimme aus der Kölner Stadtgesellschaft laut, die auf die Bedeutung des Ortes hinwies: Der Kunsthandwerker Sammy Maedge machte mit einfachen Pappschildern an zentralen Orten der Stadt und direkt vor dem Haus darauf aufmerksam. Maedge war als Sozialdemokrat aktiv und engagierte sich dafür, die nationalsozialistischen Verbrechen einer breiten Öffentlichkeit bekannt zu machen, sie juristisch zu verfolgen und wissenschaftlich zu untersuchen. Er empörte sich in kleineren Aktionen über den Handel mit verbotenen Nazi-Emblemen und die Straffreiheit von NS-Tätern. Zudem forderte er erstmals die Einrichtung einer Gedenkstätte im ehemaligen Gestapositz. Maedge hatte in Erfahrung gebracht, dass das Kellergefängnis und die dortigen Wandinschriften weitgehend erhalten waren. Als er sich beim Hauseigentümer, dem Sohn des Erbauers Leopold Dahmen, wegen einer fotografischen Dokumentation des Ortes meldete, wurde er harsch abgewiesen.¹⁵ Ende der sechziger Jahre schlug Maedge dann Alarm, als er erfuhr, dass Renovie-

¹³ Roth, Staatspolizei (vgl. Angabe in Fn. 7).

¹⁴ Vgl. Ingo Zander, „Lassen Sie doch den alten Kokolores ruhen“, in: taz.am Wochenende, vom 23.11.1991, <https://taz.de/Lassen-Sie-doch-den-alten-Kokolores-ruhen/11692944/> [15.10.2024].

¹⁵ Vgl. ebd.

rungsarbeiten im EL-DE-Haus beginnen und ein Teil der Zellen gestrichen werden sollte.

Maedges Warnungen vor dem Verlust des für die Lokalgeschichte des Nationalsozialismus zentralen Kölner Ortes trugen zwar bei der Stadtverwaltung keine Früchte, sorgten aber für breitere gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Zudem fanden sie im Kontext einer sich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre profilierenden Geschichtsarbeit statt, die vor allem von sozialdemokratischen und kommunistischen Akteur*innen vorangetrieben wurde. Hierbei spielten Verfolgtenverbände eine tragende Rolle: So kamen durch den Geschichtsaktivismus insbesondere der kommunistisch geprägten Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) weitere Themen der Aufarbeitung und des Gedenkens in den Blick, so vor allem Forderungen nach Anerkennung bislang übersehenen Widerstands gegen das NS-Regime.

Anfang der 1970er Jahre mündeten diese Forderungen in ein konkretes Projekt: Kölner Schriftsteller*innen schlugen vor, eine in Frankfurt gezeigte Ausstellung zum „Antifaschistischen Widerstand“ nach Köln zu bringen. Den Anstoß hierzu hatte die Kölner Gruppe der VVN geben. Der Rat der Stadt Köln stimmte zu, wollte aber Vertreter*innen von Verfolgten-Organisationen sowie der Kirchen und der jüdischen Gemeinde an dem Projekt beteiligen. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Verfolgtenvertreter im Arbeitskreis war von Spannungen geprägt. Dennoch gelang es den Beteiligten, in vielen Fragen Kompromisse zu schließen und gemeinsam die Ausstellung fertigzustellen. Sie wurde 1974 im Historischen Archiv der Stadt unter dem Titel „Widerstand und Verfolgung in Köln 1933–1945“ gezeigt und präsentierte zahlreiche Quellen zur Kölner NS-Geschichte – das EL-DE-Haus wurde hierin jedoch nur beiläufig erwähnt.

Anfang 1979 gelang es wiederum Sammy Maedge, mit neuen Aktionen eine größere Aufmerksamkeit zu erreichen. Etwa zur gleichen Zeit hatten sich der Lehrer Kurt Holl und der Fotograf Gernot Huber im Keller des EL-DE-Hauses versteckt und sich nach Dienstschluss des städtischen Rechts- und Versicherungsamts einschließen lassen, um Fotos von den Zellen und den Inschriften anzufertigen und diese anschließend der Öffentlichkeit zu präsentieren.¹⁶ Im April des Jahres wurden Maedge, Holl und weitere Aktivisten dann im Büro des städtischen Rechtsdezernenten Franz Simon im EL-DE-Haus vorstellig und verlangten Zugang zu den Gefängniszellen – Simon und der Hauseigentümer verweigerten dies zunächst, ließen die Petenten dann aber in den Keller.¹⁷

¹⁶ Vgl. Hajo Leib (Hrsg.), *Empathie und Engagement. Drei Jahrzehnte Kölner Zeitgeschichte: Verein EL-DE-Haus. Förderverein des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln*, Einleitung.

¹⁷ Vgl. Filmdokument, *Kölner Wochenschau – EL-DE-Haus 5.4.1979 Keller III*, Deutschland

Ende 1979 reagierte der Kölner Stadtrat schließlich auf die Forderungen nach einer Gedenkstätte: Die FDP-Fraktion hatte sich des Anliegens der Initiative angenommen – während CDU und SPD wenig Interesse für einen geschichtsbe-
wussten Umgang mit dem EL-DE-Haus zeigten – und einen Antrag zur Prüfung der Einrichtung einer Gedenkstätte im Kulturausschuss gestellt.¹⁸ Der Stadtrat fasste am 13. Dezember 1979 nicht nur den Beschluss zur „Herrichtung der Kellerräume des EL-DE-Hauses als Informationsstätte über die Opfer des Nationalsozialismus und die Anbringung einer Gedenktafel an der Außenwand des EL-DE-Hauses“, sondern auch zur Einrichtung eines Dokumentationszentrums über die Zeit des Nationalsozialismus in Köln.¹⁹

Das Stadtmuseum erhielt die Federführung zur Herrichtung der Gedenkstätte und ließ die Inschriften Anfang der 1980er Jahre sorgfältig freilegen, restaurieren sowie entziffern und edieren.²⁰ Währenddessen ließ die damalige Stadtkonservatorin Hiltrud Kier, Leiterin des städtischen Amts für Denkmalpflege, das Zellengefängnis sowie weitere Elemente des Gebäudes unter Denkmalschutz stellen. In einer Doppelzelle zeigte das Stadtmuseum eine kleine Ausstellung über die Kölner Gestapo und die lokale NS-Geschichte, die vor allem von Horst Matzerath, dem späteren Gründungsdirektor des NS-Dokumentationszentrums, erarbeitet worden war. Matzerath hatte mit seiner Dissertation die erste umfassende und bald als einschlägig geltende Studie zur kommunalen Selbstverwaltung im Nationalsozialismus vorgelegt.²¹ Am 4. Dezember 1981 erfolgte schließlich die Übergabe des ehemaligen Hausgefängnisses der Kölner Gestapo als Gedenkstätte an die Öffentlichkeit.

Zur systematischen Dokumentation der Kölner NS-Geschichte wurde etwa gleichzeitig eine Stelle im Historischen Archiv der Stadt eingerichtet – besetzt mit Horst Matzerath.

Der Stadtrat hatte mit seinen 1979 gefassten Beschlüssen eigentlich auch den Grundstein für den Aufbau eines Dokumentationszentrums gelegt. Doch die Stadtverwaltung beließ es zunächst bei der mit nur einem wissenschaftlichen Mitarbeiter besetzten „Dokumentationsstelle“. Hier begann Horst Matzerath also eigenständig mit der Forschung und trug dazu Quellen aus auswärti-

1979, 31 Min., Sequenzprotokoll, https://www.koeln-im-film.de/fileadmin/user_upload/medien/film7144_26505_El-De-Haus_05041979_Keller_III.pdf [15.10.2024].

¹⁸ Vgl. Interview mit Martin Stankowski vom 12.07.2011, geführt von Martin Rütter, NS-DOK, DV 685.

¹⁹ Stadt Köln, Der Oberbürgermeister (Hrsg.), Amtsblatt der Stadt Köln Bd. 9/10 (1978/79), Köln 1978, S. 1011.

²⁰ Vgl. Manfred Huiskes, Die Wandinschriften des Kölner Gestapo-Gefängnisses im EL-DE-Haus 1943–1945, Köln/Wien 1983.

²¹ Vgl. Horst Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970.

gen Archiven zusammen, da insbesondere die Aktenbestände der Gestapo im Krieg weitgehend zerstört und in Teilen mutwillig vernichtet worden waren. Hinzu kamen weitere Aufgaben: die Abfassung eines Gedenkbuchs für die jüdischen Verfolgten aus Köln sowie die Sammlung von Zeitzeugenberichten anlässlich des 40. Jahrestags des Kriegsendes.²²

Mit dem Ratsbeschluss vom Dezember 1979 verschwand das EL-DE-Haus zunächst aus dem Fokus der politischen Bemühungen. Man überließ dessen Umsetzung der Stadtverwaltung, die es bei den genannten Maßnahmen beließ. Dies rief erneut stadtgesellschaftliches Engagement auf den Plan: Mitglieder der SPD, der Grünen, der CDU, des DGB, der Evangelischen Kirche, der Synagogen-Gemeinde Köln sowie Einzelmitglieder schlossen sich zur „Initiative zur Gründung eines NS-Dokumentationszentrums“ zusammen und knüpften an die losen Initiativen der 1970er Jahre an. Sie forderten, endlich ein Forschungszentrum für die Kölner NS-Geschichte zu schaffen. Mit dem Einzug der Grünen in den Kölner Stadtrat 1984 bekamen diese Ansprüche politisches Gewicht – und gehörten zu den Basisforderungen der Partei während ihrer Koalitionsgespräche mit der SPD.²³ Ende 1985 erteilte der Kulturausschuss der Verwaltung den Prüfauftrag zur Gründung eines NS-Dokumentationszentrums.



Abb. 3: Kölner Bürgerinnen und Bürger vor dem EL-DE-Haus mit dem Spruchband „NS-Dokumentationszentrum ins EL-DE-Haus“. Foto: Andreas Neumann, 18.3.1987, NS-DOK Bp 22030.

²² Vgl. Rede von Dr. Werner Jung zum Festakt »40 Jahre NS-Dokumentationszentrum« (15.12.2019), in: Verein EL-DE-Haus e.V. (Hrsg.), EL-DE-INFO Nr. 82, Januar/Februar 2020, S. 6-9, hier S. 6, <http://www.museenkoeln.de/downloads/nsd/EL-DE-HAUS-INFO-82.pdf> [15.10.2024].

²³ Vgl. Interview mit Martin Stankowski vom 12.07.2011, geführt von Martin Rüter, NS-DOK, DV 685.

1986 nahmen dann zwei Wissenschaftler und zwei Mitarbeiterinnen für das Gedenkbuch-Projekt zu jüdischen Verfolgten sowie 1987 ein weiterer Historiker, der zum Thema Zwangsarbeit forschte, ihre Arbeit auf. Gleichzeitig mit dem personellen Zuwachs erhielt die Institution nun auch organisatorische Eigenständigkeit – und einen Namen, der ähnlichen Einrichtungen zum Vorbild wurde: Im Sommer 1987 beschloss der Kölner Stadtrat die Gründung des „NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln“ – nach 1979 zum zweiten Mal.²⁴ Dem war im März 1987 eine Aktion der Initiative vorangegangen: Mitglieder hatten das im EL-DE-Haus ansässige Rechtsamt gestürmt und mit Bannern die Einrichtung des Dokumentationszentrums am historischen Ort gefordert. Einige Monate später bezogen die Mitarbeiter*innen des Dokumentationszentrums Diensträume im EL-DE-Haus. Der Hauseigentümer, Georg Dahmen, hatte sich bis zuletzt dagegen gewehrt und noch im April 1987 dem Kulturdezernenten schriftlich mitgeteilt, dass er seine Zustimmung zur Einrichtung des Zentrums verweigere²⁵ – offenbar hatten ihn die Stadtspitze und der öffentliche Druck dazu bewogen, einzulenken.

4. Erinnerungsarbeit von den 1990er bis in die 2010er Jahre

Die bald nach Einzug ins EL-DE-Haus geplante Eröffnung einer Ausstellung, die die NS-Zeit in Köln beleuchtete und damit die Gedenkstätte als Gedenkort flankieren sollte, wurde durch Unstimmigkeiten mit dem Hauseigentümer über die dazu notwendigen räumlichen Umgestaltungen verzögert. Daher lag der Schwerpunkt der Tätigkeit zunächst auf der Grundlagenforschung, für die 1994 eine Schriftenreihe ins Leben gerufen wurde.²⁶ Erst 1997 konnte die Dauerausstellung eröffnen, zudem war das EL-DE-Haus bis dahin mit weiterer Infrastruktur ausgestattet worden, um den Bedürfnissen eines Museums sowie eines öffentlich zugänglichen Forschungsortes gerecht zu werden: Neben Flächen für Sonderausstellungen wurde unter anderem eine Bibliothek eingerichtet.

Gestalterisch setzte man sich die Maxime, das EL-DE-Haus selbst als vorrangiges Exponat herauszustellen. Dort, wo sich nach damaligem Wissensstand die Büros der Gestapo befunden hatten, wurden Büroräume und Flure zwar in ih-

²⁴ Vgl. Beitrag „Aus der Nische zum Zentrum“, abrufbar auf der Website des NS-Dokumentationszentrums, <https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=335> [15.10.2024].

²⁵ Vgl. Artikel „Das Rechtsamt gestürmt“, in: Kölnische Rundschau, 19.03.1987.

²⁶ 1994 erschien der erste Band der „Schriftenreihe des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln“, vgl. Barbara Becker-Jákli/Horst Matzerath/Harald Buhlan (Hrsg.), Versteckte Vergangenheit. Über den Umgang mit der NS-Zeit in Köln. Aufsätze und Essays, Köln 1994. Bis 2015 erschienen 21 Bände, danach wurde die Reihe von den „Veröffentlichungen des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln“ abgelöst.

rer Grundstruktur erhalten. Es erfolgten jedoch Eingriffe und Durchbrüche, um Ausstellungsflächen zu schaffen und zu verbinden. Die jahrzehntelange Nutzung des Gebäudes durch die Stadtverwaltung hatte offenbar Spuren hinterlassen. Doch konnte man nicht auf Pläne oder Ansichten des Gebäudes aus der Zeit vor 1945 zurückgreifen, um daraus gesicherte Kenntnisse über die Raumstrukturen während der Gestapo-Nutzung zu gewinnen. Die Flure wurden als wesentlicher Teil der Dauerausstellung verstanden, hier wurde auf die Platzierung von Exponaten bewusst verzichtet. Auffällig ist bis heute die Wandgestaltung der Ausstellung, die sich bis in den Eingangsbereich des Gebäudes im Erdgeschoss zieht: Das Gestaltungsteam um den Kölner Architekten Peter Kulka entschied sich für eine gelbliche Lasur mit mehreren Schattierungen, die einen bedrückend einförmigen und bewusst patinierten Eindruck erzeugt.²⁷

Konzeptionell setzte sich die Ausstellung das Ziel, die „konkrete[n] lokale[n] Ausprägung[en]“²⁸ des NS-Regimes sichtbar und verständlich zu machen und dazu „das gesamte politische, gesellschaftliche und soziale Leben Kölns in der NS-Zeit“²⁹ zu behandeln. Sie arbeitete zunächst klassische Themenkomplexe der NS-Forschung der 1990er Jahre ab, wie die Aufstiegsgeschichte der NSDAP in Köln, die NS-Machtübernahme und die „Gleichschaltung“ des städtischen Verwaltungsapparats. Das Narrativ der Ausstellung machte Köln vornehmlich zum Schauplatz allgemeiner Mobilisierungs- und Radikalisierungsprozesse. Im Zuge einer umfassenden Umgestaltung und Erweiterung in den Jahren 2009 und 2010 flossen dann neue Forschungsmotive und Fragestellungen ein. So widmete die Ausstellung der Inszenierung der NS-„Volksgemeinschaft“ in Köln nun ein eigenes Kapitel und legte einen Schwerpunkt auf die Partizipationsangebote, mit denen das Regime um Jugendliche warb.³⁰ Vor allem das Ausstellungskapitel „Köln: Zwischen Alltag und großer Politik“ spiegelt eine stadthistorische Herangehensweise wider. Die kommunalpolitischen Handlungsräume, die Köln als Messestadt nutzte, werden ebenso beleuchtet wie die öffentliche Mobilisierung durch das Regime sowie die nationalsozialistischen Eingriffe in die tief verwurzelte Tradition des Karnevals – und deren Grenzen. Die gesellschaftsgeschichtliche Perspektive, die die Ausstellung hier verfolgt, lässt

²⁷ Vgl. NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (Hrsg.), Köln im Nationalsozialismus, S. 15.

²⁸ Selbstdarstellung des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, <https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=336> [15.10.2024].

²⁹ Ebd.

³⁰ Einen anderen thematischen Schwerpunkt legt das Dokumentationszentrum auf die lokalen jugendlichen Widerstandsgruppen wie die Kölner „Navajos“, zu deren Entstehung, Wirken und Verfolgung durch das NS-Regime thematische Stadtteilführungen angeboten werden. Vgl. Selbstdarstellung des NS-Dokumentationszentrums Köln, <https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=1293> [15.10.2024].

erkennen, dass sie zum damaligen Zeitpunkt rezente Trends der universitären NS-Forschung aufgriff und in der Vermittlungsarbeit umsetzte.³¹ Zur Zeit der Neukonzeption der Dauerausstellung erschien ein von Margit Szöllösi-Janze und Jost Dülffer herausgegebener Sammelband. Einige der dort behandelten Aspekte der NS-Stadtgeschichte finden sich in der Ausstellung wieder.³²

Am Kölner Beispiel zeigen sich Anfänge eines Trends, der sich auch an anderen deutschen Lern- und Dokumentationsorten zur NS-Geschichte ausmachen lässt: Einrichtungen, die in den 2010-Jahren umgestaltet oder neu konzipiert wurden, ließen eine lokal gedachte Gesellschaftsgeschichte nun heuristisch und systematisch in Ausstellungen und die Bildungsarbeit einfließen. Wo vorher die Örtlichkeit vornehmlich als Bühne nationalsozialistischer Inszenierung und Propaganda und als Schauplatz antisemitischer und rassistischer Verfolgung gezeigt wurde, nahmen sich neue Ausstellungskonzepte jetzt explizit der lokalen Akteure, Räume und Interdependenzen an.³³ Dies spiegelte auch den fundamentalen Wandel in der NS-Forschung wider: Das Funktionieren der nationalsozialistischen Diktatur wurde seit den 1990er Jahren nicht mehr nur damit erklärt, dass der deutsche Staat durch immer radikalere rassistische Normen und Maßnahmen „von oben“ massiv umgebaut wurde. Der Fokus verlagerte sich zunehmend auf die Mitwirkung, Einbindung und Selbstmobilisierung der deutschen Mehrheitsgesellschaft. In den späten 2000er-Jahren dominierten Untersuchungen zur NS-„Volksgemeinschaft“ die universitäre NS-Forschung. Sie stellten vor allem Fragen nach Attraktivität und Bindungskräften des Regimes und lenkten den Blick auf individuelle Motive und lokale Strukturen.³⁴ Die Analyse sowohl der sogenannten Bottom-up-Prozesse als auch der Ausprägung von nationalsozialistischen Exklusions- und Inklusionsmechanismen förderte aufschlussreiche Erkenntnisse über regionale und lokale Spezifika zutage.

³¹ Die Nähe der außeruniversitären Forschung am NS-DOK und insbesondere zur Universität zu Köln zeigte sich in dieser Zeit insbesondere in personellen Verknüpfungen (z. B. durch Lehraufträge) und in der Publikation von Qualifikationsschriften.

³² Vgl. Jost Dülffer/Margit Szöllösi-Janze (Hrsg.), *Schlagschatten auf das „braune Köln“*. Die NS-Zeit und danach, Köln 2010.

³³ So z. B. das 2015 eröffnete NS-Dokuzentrum in München, die Gedenkstätte Ahlem (2014) sowie die Mahn- und Gedenkstätte Landeshauptstadt Düsseldorf (2015).

³⁴ Vgl. u. a. Uwe Danker/Astrid Schwabe (Hrsg.), *Die NS-Volksgemeinschaft. Zeitgenössische Verheißung, analytisches Konzept und ein Schlüssel zum historischen Lernen?*, Göttingen 2017; Martina Steber/Bernhard Gotto, *Volksgemeinschaft im NS-Regime. Wandlungen, Wirkungen und Aneignungen eines Zukunftsversprechens*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 62:3, 2014, S. 433–445, sowie den kritischen Forschungsüberblick von Janosch Steuwer, *Was meint und nützt das Sprechen von der „Volksgemeinschaft“? Neuere Literatur zur Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 53, 2013, S. 487–534.

Das machte die lokale Gesellschaftsgeschichte für NS-Erinnerungs- und Dokumentationsorte attraktiv – sie avancierte in den späten 2010er Jahren zum zentralen Zugang.³⁵

Das Kölner NS-Dokumentationszentrum griff bei seiner Erweiterung außerdem Fragen zum Konzept der „Volksgemeinschaft“ auf, jedoch ohne dass sich diese konkret in seiner Forschungstätigkeit oder den Publikationen niederschlagen hätten. Hier standen weiterhin Untersuchungen zu Verfolgtengruppen und -strukturen sowie Biografien im Vordergrund. In der Vermittlungsarbeit bekam mit der Neugestaltung der biografische Zugang mehr Raum. Ab 2012 ergänzte ein neu geschaffener pädagogischer Bereich das didaktische Angebot, das bis dahin vor allem aus Führungen durch den historischen Ort und die Dauerausstellung bestanden hatte. Das „Geschichtslabor“ führte das selbstforschende Lernen als museumsdidaktische Methode ein – spielerische Elemente sollen Schüler*innen dazu anregen, sich mit dem Themenkomplex „Jugend im Nationalsozialismus“ zu befassen.

5. Wem gedenken – wie vermitteln? Tendenzen und Ansprüche der Gegenwart

Spätestens seit der Eröffnung der Dauerausstellung 1997 versteht sich das Dokumentationszentrum im EL-DE-Haus als ein Ort mit dreifachem Profil – als Gedenkort, Lernort und Forschungsort. Formal als städtische Dienststelle organisiert, erfüllt es innerhalb der Kölner Stadtverwaltung zudem Funktionen eines Kompetenzzentrums für geschichts- und erinnerungspolitische Themen mit Bezug zum Nationalsozialismus und seiner Nachgeschichte. Die thematische Ausrichtung auf die historische Forschung und Vermittlung erfuhr jedoch bereits Ende der 2000er Jahre eine deutliche Ausweitung – was eine Entwicklung vorwegnahm, die sich an vergleichbaren Institutionen erst später zeigte: 2008 wurde am NS-DOK die „Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus“ eingerichtet. Sie erweiterte die wissenschaftliche und pädagogische Arbeit des Zentrums um den Aspekt der Auseinandersetzung mit aktuellen rechtsextremen, antisemitischen und diskriminierenden Ideologien und Erscheinungsformen. Am NS-historischen Ort werden seither Bildungs- und Beratungsangebote konzipiert und umgesetzt, die sich mit gegenwärtigen gesellschaftlichen Phänomenen von Ausgrenzung und Diskriminierung befassen – und ihnen entgegenwirken sollen.³⁶

³⁵ Vgl. Julia Kruse/Hannes Liebrandt, Geschichtsmuseen und Dokumentationszentren, in: Felix Hinz/Andreas Körber (Hrsg.), Geschichtskultur – Public History – Angewandte Geschichte. Geschichte lernen und Gesellschaft, Göttingen 2019, S. 326-343, hier S. 340.

³⁶ Kurz nach ihrer Einrichtung wurde die „Info- und Bildungsstelle“ Trägerin der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus im Regierungsbezirk Köln und so zu einer Einrich-

Bildungsangebote, die im Kontext von Bemühungen zur Demokratiebildung stehen, an Orten anzusiedeln, die ursprünglich der Aufarbeitung von NS-Geschichte gewidmet sind, ist so bemerkenswert wie naheliegend. Findet sich an NS-Erinnerungsorten doch zumeist eine hohe fachliche Kompetenz, Phänomene von Ausgrenzung und Radikalisierung zu analysieren. In der historischen Darstellung von Verfolgung und Täterschaft lassen sich die dramatischen Folgen systematischer Diskriminierung eindringlich zeigen – und Aufrufe ableiten, die „Fehler der Vergangenheit“ nicht zu wiederholen. Martin Sabrow kennzeichnete den deutschen Umgang mit der eigenen Geschichte als ein „Dreiecksverhältnis von Historisierung, Moralisierung und Aktualisierung“.³⁷ Insofern sich die Arbeit an NS-bezogenen Erinnerungsorten auf Demokratiebildung ausgeweitet hat, lässt sich dieses Dreiecksverhältnis durchaus wiedererkennen, wobei die Aktualisierung an Bedeutung zuzunehmen scheint.

In den jüngsten erinnerungskulturellen Projekten der Stadt Köln spielt der Umgang mit rechtsextremen Verbrechen der jüngsten Vergangenheit eine wichtige Rolle: Nach langem Ringen beschloss der Kölner Stadtrat Ende der 2017 die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des NSU-Nagelbomben-Anschlags 2004 im Kölner Stadtteil Mülheim sowie einer Gedenktafel für einen weiteren Anschlag 2001 in der Innenstadt. Die Gestaltung erfolgt unter Federführung und Koordination des NS-Dokumentationszentrums – und mit aktiver Beteiligung von Betroffenen, Angehörigen und Anwohner*innen. In diesem Vorgehen lässt sich eine weitere Tendenz in der kommunalen erinnerungskulturellen Arbeit ausmachen: die programmatische Beteiligung der Stadtgesellschaft respektive einzelner Gruppen und Communities. Während frühe Gedenkinitiativen der späten 1970er und 1980er Jahre zumeist aus bürgerschaftlichen Engagement erwachsen – und die Kommunen und Gemeinden darauf zumeist nur zögerlich reagierten – nehmen städtische Akteure nun eine aktivere Rolle in der Gestaltung von Erinnerungsprojekten wahr und sehen sich in der Verantwortung, diese Projekte partizipativ zu verwirklichen.

Damit sind zwei Kontexte angerissen, in denen sich deutsche Gedenkstätten- und Dokumentationsorte wie das NS-DOK gegenwärtig bewegen – und weiter an Profil gewinnen (müssen). Sie erfordern auch, in der „klassischen“ historischen Vermittlungsarbeit neue Bezüge und Kontexte herzustellen. Ihre quasi traditionellen Zielgruppen, die Schüler*innen, kommen zunehmend mit Hintergründen und Erfahrungshorizonten, die keine biografischen Bezüge zur

tung, die auf Landesebene organisiert und bundesweit koordiniert wird. 2019 kam die Fachstelle „miteinander mittendrin. Für Demokratie – Gegen Antisemitismus und Rassismus“ hinzu. Die Fachstelle informiert und sensibilisiert zum Thema Antisemitismus.

³⁷ Martin Sabrow, *Zeitgeschichte als Aufarbeitung*, in: *Totalitarismus und Demokratie* 16:1, 2019, S. 11-25, hier S. 12.

deutschen NS-Gesellschaft aufweisen – doch diese steht in den meisten Ausstellungen noch im Mittelpunkt. Ob das Ende der Zeitzeugenschaft, das seit einiger Zeit als eine der größten Herausforderungen für die Vermittlung von NS-Geschichte angeführt wird, tatsächlich eine unüberwindbare Hürde für eine nachhaltige Bildungsarbeit bedeutet, scheint indes fraglich. Unbestritten ist die Lücke massiv, die das Versterben der Erlebnisgeneration reißt und bereits gerissen hat. Doch gerade Orte wie das Kölner EL-DE-Haus halten Zeugnisse bereit, die auch in kommenden Jahrzehnten eindruckliche Geschichte(n) erzählen werden.

Annemone Christians-Bernsee, Dr., ist stellvertretende Direktorin des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln. Ihre Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Rechtsgeschichte des Nationalsozialismus in der Nachgeschichte des Nationalsozialismus und der Erinnerungskultur. Publikationen: *Das Private vor Gericht. Verhandlungen des Eigenen in der nationalsozialistischen Rechtspraxis*, Göttingen 2020; *Tinte und Blech. Eine Pilotstudie zu Fritz Beindorff (1860-1944) und den Günther Wagner Pelikan-Werken im Nationalsozialismus*, Hannover 2018; *Amtsgewalt und Volksgesundheit. Das öffentliche Gesundheitswesen im nationalsozialistischen München*, Göttingen 2013.

annemone.christians-bernsee@stadt-koeln.de